

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Konservative und Rechte Parteien
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Bundesratsgeschäft
Datum	01.01.1965 - 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernath, Magdalena
Bühlmann, Marc
Hohl, Sabine
Rinderknecht, Matthias
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Konservative und Rechte Parteien, Bundesratsgeschäft, 1992 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Konservative und Rechte Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

ACS Automobil Club der Schweiz

ACS Automobile Club de Suisse

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Konservative und Rechte Parteien

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 31.08.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Unterstützt vom ACS, dem Nutzfahrzeugverband ASTAG sowie der Fraktion SD/Lega lancierte die AP das **Referendum** gegen die vom Parlament beschlossene **Treibstoffzollerhöhung** von 20 Rappen pro Liter.¹

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 12.12.2004
MAGDALENA BERNATH

Die Schweizer Demokraten ergriffen das **Referendum gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten**. Sie erhofften sich damit eine Profilierung auf Kosten der SVP, der, anders als bei Schengen/Dublin, bei dieser Vorlage die Hände gebunden seien.²

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 13.01.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Auf der Delegiertenversammlung im März in Olten (SO) beschlossen die Schweizer Demokraten das **Referendum gegen das Osthilfe-Gesetz** zu ergreifen. Sie machten damit zum wiederholten Mal den Versuch, sich rechts von der SVP, welche das Referendum erst später unterstützte, zu positionieren. Mit ähnlicher Absicht drohten die Schweizer Demokraten präventiv mit dem Referendum gegen die Aufhebung der Beschränkungen für den Grundstückserwerb von im Ausland Ansässigen (Lex Koller). Ex-Nationalrat Valentin Oehen, ehemaliger Präsident der Partei und den SD erst jüngst wieder beigetreten, hatte in diesem Zusammenhang ein Referat mit dem Titel „Ausverkauf der Heimat“ vorgetragen.³

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 06.01.2008
MAGDALENA BERNATH

Im Januar beschlossen die Delegierten der EDU, gegen eine allfällige Einführung einer eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare das **Referendum** zu ergreifen.⁴

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 26.06.2008
SABINE HOHL

Die Lega dei Ticinesi beteiligte sich an der Unterschriftensammlung für das **Referendum gegen die Personenfreizügigkeit** der Schweizer Demokraten.⁵

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 03.10.2011
MARC BÜHLMANN

Für Verwirrung sorgte die Haltung der BDP-Nationalräte in der Frage der **Kampfflugzeugbeschaffung** in der Herbstsession. In der Sonntagspresse wurde kolportiert, dass die Mitglieder der BDP-Fraktion aufgrund eines Versehens nicht wie geplant gestimmt hätten und dass dadurch ein Referendum über die Beschaffung der Kampffjets verhindert worden sei. Tatsächlich war das entsprechende Abstimmungsresultat relativ knapp ausgefallen (98 zu 93 Stimmen) und ein Grossteil der CVP-Fraktion war offenbar erst im letzten Moment noch umgeschwenkt. Die BDP-Nationalräte liessen jedoch verlauten, dass ihre Entscheidung bewusst gewesen sei und sie in der Referendumsfrage dem SiKo-Mitglied Ursula Haller gefolgt sei, die ein Finanzreferendum aus rechtlichen Gründen zur Ablehnung empfohlen habe.⁶

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 28.09.2012
MARC BÜHLMANN

Die Lega half mit, Unterschriften gegen die **Doppelbesteuerungsabkommen** mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien zu sammeln. Das Referendum kam allerdings dann knapp nicht zustande.⁷

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 21.08.2013
MARC BÜHLMANN

Das der CVP/EVP-Fraktion angehörende Zweiergespann im Nationalrat bestehend aus der Bernerin Marianne Streiff und der Zürcherin Maja Ingold trug entscheidend dazu bei, dass die **6. IV-Revision** scheiterte. Es war der Antrag von Ingold, die Kürzung von Zusatzrenten aus der Vorlage zu streichen, der eine Mehrheit fand und die Vorlage letztlich zum Kippen brachte. Ingold bedauerte zwar, dass keine strukturellen Verbesserungen erzielt werden konnten, befürchtete als ehemalige Sozialvorsteherin von Winterthur aber, dass mit den geplanten Kürzungen die Kosten auf die Kantone und Gemeinden verlagert worden wären, wie sie an einer Versammlung in Zürich erklärte.⁸

Die **EVP** war lange Zeit die einzige Partei, die aktiv gegen die **Präimplantationsdiagnostik** kämpfte. Sämtliche Nationalratsparteien stimmten der Vorlage in den Beratungen zu. Die EVP befürchtet insbesondere, dass die Möglichkeit der Früherkennung von allfälligen Krankheiten einen sozialen Druck aufbaue, Embryonen mit solchen Krankheiten auszusondern. Dies komme aber einer Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben gleich, was die EVP verurteile. Die Partei kündigte deshalb an, nicht nur das obligatorische Referendum zu bekämpfen, sondern – sollte die Vorlage, die 2015 zur Abstimmung steht, angenommen werden – auch gegen das noch zu beschliessende Gesetz das fakultative Referendum zu ergreifen.⁹

1) BZ vom 31.8.92; Tacho (1992). Nr. 9, S. 3.

2) Bund, 26.10.04; NZZ, 12.12.04.

3) Zum Referendum gegen die Osthilfe siehe Lib, 17.3.06; zur DV in Olten siehe Bund, 27.3.06; zum Verhältnis zwischen SD und SVP siehe Bund, 3.10.06; TA, 30.12.06; zu Oehen siehe TA, 9.1.06 und Bund, 13.1.06.

4) TA, 6.1.03.

5) Bund, 26.6.08.

6) So-Bli, 2.10.11; SoS, 3.10.11.

7) NZZ, 23.8. und 28.9.12.

8) NZZ, 21.8.13

9) NZZ, QJ, 22.10.14